



Interessengemeinschaft für Waffenbesitz e. V.

Fragenkatalog

„Waffenrecht in Deutschland“

an die Landesverbände der politischen Parteien

CDU

SPD

FDP

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

BVB/FREIE WÄHLER

LANDTAGSWAHL 2024

BRANDENBURG

SACHSEN

THÜRINGEN

Sitz des Vereins
pro legal e. V.
Sitz des Vereins: Bruchsal

Eingetragen beim Amtsgericht Mannheim
unter VR 231365

Vorstand:
Alexander Titze | Reiner Assmann | Thomas Kullmann

Geschäftsstelle
pro legal e. V.
Potsdamer Straße 91
14469 Potsdam

Internet: www.prolegal.de
E-Mail: info@prolegal.de

Telefon: 0331 – 61 90 96 28
Bürozeiten: Di | Mi | Do 13:00 Uhr – 15:00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

besonders im Hinblick auf die Landtagswahlen 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen ist es für uns als Interessenverband natürlich ein großes Bedürfnis, unsere Mitglieder und Ihre potenziellen Wähler möglichst umfassend über das Wirken verschiedener Politiker und Politikerinnen bzw. Parteien, im Kontext unseres Interessenbereiches, zu informieren.

Wir möchten Ihnen als Spitzenkandidat bzw. Ihrer Partei die Möglichkeit geben, sich zu nachfolgenden Fragen gegenüber der potenziellen Wählerschaft zu positionieren.

Daher bitten wir Sie höflichst um eine ausführliche und zeitnahe Beantwortung nachfolgender Fragen, damit wir unserer satzungsgemäßen Aufgabe nachkommen können.

Die Antworten (auch wenn keine Angaben gemacht werden) werden wir sowohl auf unserer Internetseite als auch auf unseren Social-Media-Kanälen veröffentlichen.

Wir bedanken uns für Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen unserer Mitglieder und des Direktoriums



Alexander Titze
Vorsitzender

Frage 1:

Anders als Millionen von in Deutschland im illegalen Besitz befindlichen Waffen werden im Privatbesitz befindliche legale Waffen bereits sorgfältig gesichert.

Wie bewertet Ihre Partei die aktuellen Vorschriften zur Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition in Privathaushalten und welche Änderungen schlägt sie gegebenenfalls vor?
Bitte begründen Sie Ihre Vorschläge!

Frage 2:

Immer wieder erfährt man in den öffentlichen Medien, dass Schusswaffen und/oder Munition bei Behörden wie Polizei, Bundeswehr u. a. abhandenkommen, während dies bei privaten Legalwaffenbesitzern vergleichsweise sehr selten vorkommt.

Wie beurteilt Ihre Partei die Wirksamkeit der bestehenden Kontrollmechanismen zur Überwachung des Umgangs mit Schusswaffen und Munition durch Behörden und ihre Mitarbeiter, und welche Änderungen schlägt sie gegebenenfalls vor?
Bitte begründen Sie Ihre Vorschläge!

Frage 3:

Das Aussehen von halbautomatischen Langwaffen, insbesondere ein "kriegswaffenähnliches Erscheinungsbild", spielt laut Bundesinnenministerin Nancy Faeser eine wesentliche Rolle in der Nutzung solcher Schusswaffen bei Amoktaten, terroristischen Angriffen und in rechtsextremen sowie Reichsbürger-Kreisen in Deutschland. Daher wird erwogen, solche Schusswaffen zu verbieten. Wie positioniert sich Ihre Partei zu diesem Vorhaben?

Sind halbautomatische Langwaffen mit einem „kriegswaffenähnlichen Aussehen“ Ihrer Meinung nach besonders gefährlich und stellen daher eine erhöhte Bedrohung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dar?
Bitte begründen Sie Ihre Antwort!

Frage 4:

Innenministerin Nancy Faeser plant, den Erwerb und Besitz von Armbrüsten künftig von der **Führerlaubnis** für SRS-Waffen „Kleiner Waffenschein“ abhängig zu machen, da sie in rechtsextremen Kreisen angeblich überaus beliebt sind. Tatsächlich spielen Armbrüste in der offiziellen Waffenkriminalitätsstatistik des BKA aber kaum eine bis gar keine Rolle.

Wie bewertet Ihre Partei die Effektivität und Verhältnismäßigkeit einer Erlaubnispflicht für Armbrüste zur Verhinderung möglicher Missbrauchsfälle oder Gewalttaten?
Bitte begründen Sie Ihre Position!

Frage 5:

Es wird diskutiert, das Gesundheitsamt bei der Entscheidung über waffenrechtliche Erlaubnisanträge einzubeziehen, obwohl körperliche und geistige Eignung bereits laut Waffengesetz Voraussetzung sind bzw. die waffenbehördliche Anordnung entsprechender medizinischer Gutachten bereits ausdrücklich möglich ist.

Wie steht Ihre Partei zur pauschalen ärztlichen Untersuchung von Antragstellern durch das Gesundheitsamt und wie bzw. in welchem Umfang soll die ärztliche Schweigepflicht dabei umgangen werden?

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um sicherzustellen, dass die ärztliche Begutachtung objektiv und unvoreingenommen erfolgt?

Wie würde die Einbeziehung des Gesundheitsamtes Ihrer Meinung nach die Effizienz und Schnelligkeit des Erlaubnisverfahrens beeinflussen?

Frage 6:

Legal besessene Schusswaffen spielen in der Kriminalitätsstatistik eine sehr untergeordnete Rolle, da die Besitzer legaler Schusswaffen als besonders gesetzestreu gelten und regelmäßig, gesetzlich vorgegeben, behördlich überprüft werden. Die meisten Straftaten werden nachweislich mit illegal besessenen Schusswaffen begangen.

Gesetzesverschärfungen können sich daher nur auf den legalen Besitz auswirken, der illegale Besitz bleibt hiervon unberührt.

Wie würden sich ihrer Meinung nach weitere Gesetzesverschärfungen auf die Sicherheit in Deutschland und der EU auswirken?

Bitte begründen Sie Ihre Antwort!

Wie bewertet Ihre Partei die aktuellen Maßnahmen gegen Waffenschmuggel und -schmuggel, und welche Verbesserungen schlägt sie vor?

Frage 7:

Das Deutsche Waffengesetz zählt zu den strengsten weltweit, gleichzeitig wird es oft als unverständliches "Bürokratiemonster" wahrgenommen, selbst von Experten und Fachjuristen.

Wie würden sich Ihrer Meinung nach eine verbesserte und vereinfachte Gesetzgebung im Bereich des Waffenrechts auf die Rechtssicherheit und -klarheit für Waffenbesitzer und -händler auswirken? Bitte begründen Sie Ihre Ansicht!

Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um das deutsche Waffengesetz zu vereinfachen, ohne die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden?

Welche Rolle sollten Experten und Interessenverbände (z. B. **pro legal** e. V.) aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft Ihrer Meinung nach bei der Überarbeitung und Verbesserung des Waffengesetzes spielen, und wie plant Ihre Partei, dies umzusetzen?

Frage 8:

Wie wichtig ist Ihrer Meinung nach die Bewertung und Überprüfung der Effektivität von Waffenverbotszonen für die Entwicklung neuer Maßnahmen und Strategien? Wie plant Ihre Partei, dies umzusetzen?

Welche Vorkehrungen plant Ihre Partei, um sicherzustellen, dass Waffenverbotszonen für Normalbürger (wie z. B. Oma Erna mit ihrem Obstmesser, oder ein Handwerksreisender mit seinem Cuttermesser der eine ihm nicht bekannte Waffenverbotszone durchqueren muss) keine unverhältnismäßigen Einschränkungen der Bürgerrechte darstellen?